

für ein sozialistisches portugal

PORTUGAL-ZEITUNG
Nr. 1 1.6.75
Preis DM -,50/SF 1,50

Herausgeber: GIM, Gruppe
Internationale Marxisten
6 Frankfurt am Main.,
Lersnerstraße 14

RML (Schweiz)
GRM (Österreich)
LCR (Luxembourg)
in Zusammenarbeit
mit der LCI (Portugal)



LCI.

Inhalt

- 2 Parteien
- 3 Chronik
- 4 LCI-Arbeiterprogramm
- 5 Fabrikbesetzung
- 6 MFA
- 8 Das rote Regiment
- 9 Hausbesetzung
- 9 Wahlen
- 10 Arbeiterradikalisierung und KP
- 11 Intersindical
- 12 LCI zum MFA-Pakt



CHILE, VIETNAM- PORTUGAL?

Eine vorrevolutionäre Situation ist in Portugal entstanden

Das war nicht das Ziel der MFA am 25. April 1974, als sie das Caetano-Regime stürzte. Sie genoß das volle Vertrauen der Bourgeoisie in ihrer Aufgabe, die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes auf den Stand der westeuropäischen kapitalistischen Länder zu bringen.

Aber die portugiesischen Massen haben die wiedergewonnenen Freiheiten genutzt, um dem Modernisierung Prozeß eine Dynamik aufzudrücken, die eindeutig anti-kapitalistische Züge annimmt. Die Umsturzversuche der Reaktion vom 28. September 74 und vom 11. März 75 haben die Mobilisierung und Kampfkraft der Arbeiterklasse nur gefestigt. Nach der Nationalisierung der Banken, Versicherungen und der Grundindustrie verlangen die Arbeiter in fast allen Privatbetrieben ebenfalls die Nationalisierung. In zahlreichen Betrieben kontrollieren sie die Lager und die Buchhaltung, ohne aber – genauso wenig wie in den nationalisierten Unternehmen – die Verantwortung für die Betriebsführung zu übernehmen. Sie bilden Kontrollkomitees und organisieren sich in Kommissionen. Betriebe, die Arbeiter entlassen oder drehen sollen – sei es aufgrund der Sabotage der Unternehmer, sei es aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage – werden von den Arbeitern eigenhän-

die Arbeitsplätze gesichert bleiben. Ähnliches ist im öffentlichen Sektor und in der Verwaltung im Gange, wo reaktionäre Vorgesetzte „gesäubert“ und die neu eingesetzten kontrolliert werden.

In den Arbeitervierteln werden Tausende von Häusern von Einwohnerkommissionen besetzt. Auf dem Lande besetzen die Landarbeiter und Bauern des Alentejo die Latifundien und bilden Genossenschaften. Schließlich entstehen in den Kasernen Soldatenkomitees, die reaktionäre Offiziere überwachen, säubern und durch gewählte Offiziere ersetzen lassen, und die demokratische Rechte und Freiheiten gegen die überkommene Militärstruktur durchsetzen.

Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, daß wieder in einem Land Europas die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung steht. Das stellt uns in der BRD vor große Aufgaben.

1.) Die portugiesische Arbeiterklasse, vor dem 25. April eine der zurückgebliebensten Europas, hat innerhalb eines Jahres die Kampferfahrungen der fortgeschrittensten Arbeiter Europas aufgeholt und ist jetzt dabei, in ihren Kampfzielen (z.B. Arbeiterkontrolle über die Produktion) und Kampfformen (z.B. Betriebsbesetzungen, Wahl und Kontrolle von Komitees) der gesamten europäischen Arbeiterklassen den Weg aufzuzeigen. Es ist unsere Aufgabe, das Beispiel der portugiesischen Arbeiterklasse und ihre gegenwärtigen Kämpfe den westdeutschen Arbeitern und der westdeutschen Linken zu vermitteln.

Der revolutionäre Prozeß in Portugal bietet wichtige Erfahrungen von Kampf-

men in den Betrieben und in anderen Bereichen (Soldaten, Bauern, Stadtviertelbewohnern usw.), wie wir sie in Europa seit den Sowjets in Rußland 1917 und den Arbeiterkomitees in Spanien 1936 nicht mehr erlebt haben.

Schließlich werden in den Auseinandersetzungen mit dem Reformismus (der KP) und der Politik der Klassenkollaboration (der MFA) grundsätzliche Probleme aufgeworfen, die es auch in anderen europäischen Ländern in vorrevolutionären Situationen als Haupthindernisse zu überwinden gelten wird.

2.) Die internationale Bourgeoisie hat die Gefahr erkannt, die von Portugal ausgeht – nicht von der MFA an sich, wohl aber von der freigesetzten revolutionären Dynamik.

Die portugiesische Bourgeoisie ist z.Zt. zu schwach, um den Prozeß zu stoppen. Aber die europäischen und amerikanischen Imperialisten werden mit Sicherheit nicht tatenlos zusehen, wie in Portugal sich ein revolutionärer Herd entwickelt, der die prekäre politische Herrschaft des Kapitals in Spanien zünden kann und auf ganz Europa wirken wird. Wir müssen uns ernsthaft auf die Möglichkeit des organisierten ökonomischen Boykotts von Seiten der imperialistischen Regierung gefaßt machen und der ökonomischen Sabotage (wie in Chile), und auch mit der letzten Möglichkeit einer militärischen Intervention von Seiten amerikanischer und europäischer Armeen. Und im Unterschied zu Vietnam und Chile wird der BRD-Imperialismus hierbei eine entscheidende Rolle spielen.

Hier gilt es eine Solidaritätskampagne vorzubereiten, die im Ausmaß und in der Quali-



Os partidos

PARTEIEN IN PORTUGAL

Bürgerliche Parteien

CDS: Demokratisch Soziales Zentrum-neofaschistische Partei. Ihre wichtigsten Führer sind ehemalige Würdenträger des Caetano-Regimes: Freitas de Amaral, Ex-Bevollmächtigter der Ständekammer und Valentin Xavier Printado, Ex-Wirtschaftsminister. Erhielt 8% der Stimmen.

PDC: Christ Demokratische Partei - Gegründet von General Sanchez Osorio Ex-Informationsminister der provisorischen Regierung (bis 28. Sept.), steht Spinola nahe. War an der Affäre der „Schweigenden Mehrheit“ beteiligt. Nach dem misslungenen Putsch am 11.3. flüchtete Osorio die Partei wurde von der Wahl ausgeschlossen.

PPD: Demokratische Volkspartei - liberale bürgerliche Partei, sogenannte „Sozialdemokraten“ (strebte die Aufnahme in die sozialistische Internationale an, jedoch ohne Erfolg). Keine Basis in der Arbeiterklasse. Ihre wichtigsten Führer kommen aus der „ehrerbietigen Opposition“ gegenüber Caetano: Francisco Sa Carneiro, ehemaliger Abgeordneter des faschistischen Parlaments, Francisco Pinto Balsemão, Chefredakteur der Tageszeitung „Expresso“. Erhielt 26% der Stimmen zur verfassungsgebenden Versammlung.

Reformistische Parteien

PSP: Sozialistische Partei Portugals - sozialdemokratische Partei, 1973 in der BRD (mit Unterstützung der SPD) gegründet. Mitglied der Sozialistischen Internationale. Wichtigster Führer: Mario Soares, Rechtsanwalt, unter Salazar mehrmals inhaftiert. Profiliert sich betont anti-kommunistisch. Erhielt 38% der Stimmen.

Innerhalb der SP gibt es eine linke Strömung, die GAPS (autonome Gruppe in der PSP) sowie die sozialistische Jugend als auch die Sozialistische Volksfront (FSP) unter Manuel Serra, die sich Ende 1974 abspaltete.

MDP-CDE - Ursprünglich die Abkürzung eines Wahlbündnisses der Linken z.Zt. des Caetanoregimes, jetzt eine politische Partei, die der KP nahesteht. Wird von Linkschristen mit antifaschistischer Vergangenheit geführt: Pereira de Moura, Jose Tengarrinha usw. Erhielt 4% der Stimmen.

PCP: Kommunistische Partei Portugals. 1921 gegründet, war während der 48 Jahre der Salazar-Caetano-Diktatur Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes. Unterstützte aufgrund ihres bedingungslosen prosozialistischen Kurses den Einmarsch in die CSSR. Ihr Generalsekretär (seit 1961) Alvaro Cunhal, der nach seiner spektakulären Flucht aus dem Gefängnis von Perride 1974 im Exil in Osteuropa lebte, ist Minister ohne Geschäftsbereich in der portugiesischen Regierung. Die KP besetzt die Hegemonie innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung und kontrolliert den Dachverband der portugiesischen Gewerkschaft (Intersindical). Ihre Kader haben zusammen mit der extremen Linken die Putschversuche des 28. September und 11. März zurückgeschlagen. Die KP ver-

weigert vielen Arbeiterkämpfen ihre Unterstützung und hat im Sommer 1974 sogar gegen Streiks (Post) mobilisiert. Unter dem Druck der Entwicklung der Klassenkämpfe und ihrer eigenen Basis macht sie heute einen taktischen Linksschwenk. Erhielt 12,5% der Stimmen, vornehmlich im Süden des Landes.

Zentristen

MES: Bewegung der sozialistischen Linken. 1974 gegründet, bekennt sich zur revolutionären Gewalt sowie zur Diktatur des Proletariats, lehnte jedoch gewaltsame Aktionen gegen den Kongress des CDS ab. Nein zum MFA-Pakt, jedoch kritische Unterstützung der MFA. Erhielt 1% der Stimmen.

FSP: Sozialistische Volksfront. 1975 von der SP abgespalten. Unterstützt den MFA-Pakt. Erhielt 1,2% der Stimmen.

Maoisten

MRPP: Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats 1970 gegründet. Ihre Parolen sind die der Kominform der 50er Jahre: Brot, Frieden, Freiheit, Boden, Demokratie, und nationale Unabhängigkeit. Sehr militant und aktiv, kann in Lissabon einige tausend Jugendliche mobilisieren. Äußerst sektiererisch, widersetzt sich jeder gemeinsamen Aktion mit anderen Gruppen, sogar nicht mit der „sozialfaschistischen“ PCP. Wurde nach dem 11. März zuerst von den Wahlen suspendiert, dann verboten. Etliche Mitglieder sitzen z.Zt. im Gefängnis. Können dennoch ihre Zeitung verkaufen sowie Versammlungen abhalten.

UDP: Demokratische Volksunion. Wahlbündnis dreier ML-Gruppen, 1974 gegründet. Besitzt in den Arbeiterkommissionen in und um Lissabon abnehmenden Einfluß (Beste Wahlergebnisse in Lissabon, Beja, Setubal, jeweils über 1% - einzigen Vertreter der extremen Linken in der verfassungsgebenden Versammlung erhalten). Unterstützte im Gegensatz zu allen anderen ML-Gruppen die Einheitsgewerkschaft, veranstaltete aber gegen den Putsch vom 11. März sowie zum 1. Mai eigene Demonstrationen. Arbeitet in letzter Zeit mit FEC/ML und PUP verstärkt zusammen.

AOC: Arbeiter- und Bauernallianz. Wahlpartei der PCP/ML. Wird von der VR china offiziell anerkannt, ihr Vertreter besucht z.Zt. Peking. Ähnliche Eigenschaften wie MRPP, ist bereit mit SP und PPD gemeinsame Aktionen gegen KP zu unternehmen. Rief daher nach ihrer Suspendierung von den Wahlen zur Stimmabgabe für PS auf. Sie ist dabei, den Pakt mit MFA zu unterschreiben.

PUP: Partei der Vokseinheit; Abspaltung der PCP/ML

FEC/ML: Kommunistische Wahlfront. gegründet von den ML-Organisationen des Landes. Hauptsächlich im Norden Portugals vertreten.

„Bewaffnete Organisationen“

LUAR: Liga der vereinigten revolutionären Aktion.

1967 gegründet, hat während des Faschismus einige bewaffnete Aktionen und Enteignungen durchgeführt: Überfall auf die Bank von Portugal in Figueira da Foz usw. Wichtigster Führer: Hermenegildo Palma Inacio; ideologisch nicht festgelegt, nahm aus prinzipiellen Erwägungen nicht an den Wahlen teil.

PRP-BR: revolutionäre Partei des Proletariats - Revolutionäre Brigaden. Abspaltung (1973) von der patriotischen Befreiungsfront, die 1961 gegründet wurde. Die revolutionären Brigaden haben während der Jahre des Faschismus bewaffnete Aktionen gegen die Natobasen und gegen portugiesische militärische Objekte durchgeführt. Bringen die Zeitung „Revolucão“ (Herausgeber: Isabel do Carmo) heraus. Ist in einigen Betrieben verankert. Propagieren Aufbau von geheimen revolutionären Räten, deren Funktion konfus ist und zwischen der von Gewerkschaften, Einheitskomitees und Sowjets liegt. Keine Teilnahme an bürgerlichen Wahlen.

Trotzkisten

PRT: Partido Revolucionario dos Trabalhadores; kleine trotzkistische Organisation, arbeitet mit der argentinischen PST zusammen. Vor kurzem gegründet. Im Lissaboner Oberschülermilieu verankert unterstützte LCI bei den Wahlen.

Fortsetzung von S. 1

pagne hinausgehen wird: sie muß die Arbeiterklasse mit einbeziehen in Solidaritätsstreiks und Boykott von beteiligten Firmen bzw. Verhinderung von Truppentransporten und Agitation unter den Soldaten - zur konkreten Unterstützung des Kampfes der portugiesischen Arbeiterklasse.

In der Linken und der extremen Linken der BRD herrscht z.Zt. die größte Verwirrung in der Einschätzung der Situation in Portugal und den Aufgaben der Revolutionäre, was nur die Verwirrung der entsprechenden Organisationen in Portugal selbst widerspiegelt. Die KP Portugals unterstützt kritiklos die MFA, während maoistische Organisationen im Kampf gegen „Militärdiktatur und Sozialfaschismus“ sogar Bündnisse mit der bürgerlichen PPD eingehen.

Die Liga Comunista Internacionalista, sympathisierende Sektion der IV. Internationale in Portugal, nimmt in dieser Situation eine wichtige Rolle ein, und sie braucht unsere verstärkte Unterstützung, damit sie trotz ihrer Jugend und ihrer materiellen Beschränkung den gestellten Aufgaben zunehmend gerecht werden kann.

Die GIM will die Diskussion innerhalb der Linken in der BRD über Portugal vorantreiben, über den revolutionären Prozeß in Portugal informieren und die Grundlagen für eine Solidaritätsarbeit legen.

Die Herausgabe dieser Zeitung ist ein Beitrag dazu.



LCI: Internationalistische Kommunistische Liga, sympathisierende Organisation der IV. Internationale.

Im Dezember 1973 im Untergrund gegründet. Am 25. April 1974 nehmen die Genossen der LCI an den Massenmobilisierungen teil, die auf die Zerschlagung des faschistischen Unterdrückungsapparats hinielen. Am 1. Mai 1974 initiiert die LCI mit anderen Gruppen einen einheitlichen revolutionären Block innerhalb der Maidemonstration, an dem 10 000 Arbeiter unter den Parolen „Die Macht den Arbeitern und Werktätigen“ sowie „Für die sozialistische Revolution“ teilnehmen. Ebenso beteiligt sie sich an den antikolonialen Demonstrationen des Frühjahrs, die die sofortige Unabhängigkeit der Kolonien fordern. Die LCI unterstützte aktiv die

Streiks im Frühjahr 1974 auch nachdem die KP sich gegen einzelne Streiks ausspricht. Dabei vergrößert sie ihre Kontakte zur Arbeiteravantgarde, hauptsächlich in Porto und Umgebung. Weiterhin initiiert und trägt sie eine Chile-Kampagne im Herbst 74.

Im Rahmen ihrer Einheitsfrontpolitik unterhält die LCI gute Kontakte zu anderen linken Organisationen, FSP und MES, sowie LUAR und ZU PRP-BR. Selbstverständlich sthet sie mit diesen Organisationen sowie mit der KP auf derselben Seite der Barrikade bei den Putschversuchen vom 28. September sowie 11. März, und führt mit diesen gemeinsame Demonstrationen gegen die Reaktion durch (im Gegensatz zu den Maoisten). Desgleichen nimmt die LCI an den Demon-

strationen für die Gewerkschaftseinheit teil, und weist die „pluralistische“ Demogogie der SP und ihrer maoistischen Freunde zurück, wobei sie die innergewerkschaftliche Demokratie sowie das Recht auf Tendenzbildung innerhalb der Gewerkschaft betont.

Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung stellt die LCI in 4 Distrikten Kandidaten auf. Sie denunziert in ihrer Kampagne den Ablenkungscharakter der Wahlen und propagiert ihr revolutionäres Programm.

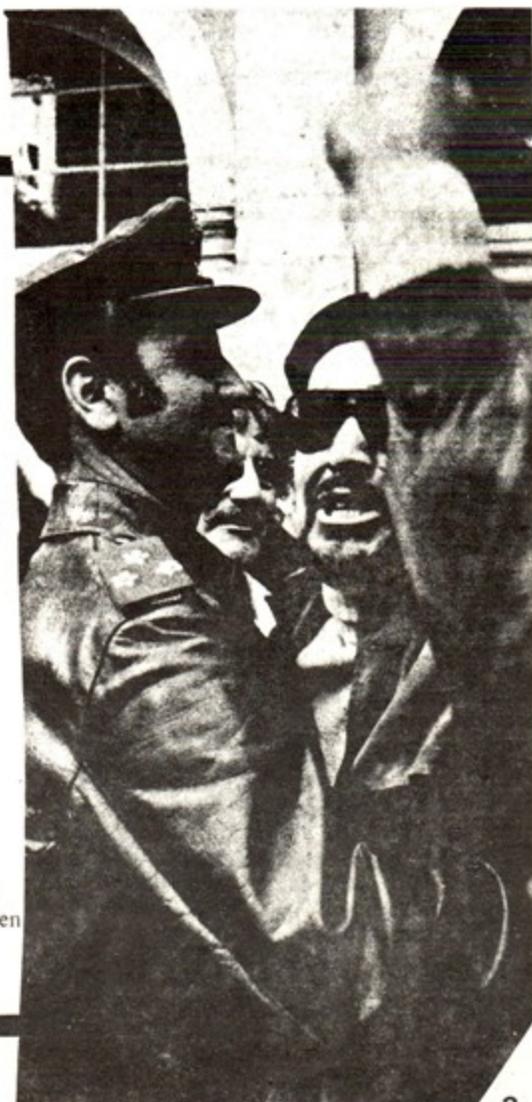
Wahlergebnis:

Leiria	978 Stimmen	0,41 %
Lissabon	3685 Stimmen	0,30 %
Porto	4568 Stimmen	0,57 %
Setubal	1125 Stimmen	0,33 %



CHRONIK

- 25. April 74 : Militärerhebung und Bildung der Junta der nationalen Rettung.
- 1. Mai 74 : Riesige Demonstrationen in Lissabon, Porto und anderen Orten. Verbrüderung von Armee und Arbeitern.
- 15. Mai 74 : Spínola wird Präsident der Republik
- 9. Juli 74 : Rücktritt der ersten Regierung unter Palma Carlos.
- 17. Juli 74 : General Gonçalves wird zum Premierminister ernannt; vier Repräsentanten der MFA treten der Regierung bei.
- 28. Juli 74 : Anerkennung und Einschränkung des Versammlungs- und Streikrechts.
- 28. September 74 : Die schnelle Reaktion der Werktätigen bringt die vorgesehene Demonstration der „Schweigenden Mehrheit“ zum Scheitern.
- 30. September 74 : Rücktritt Spínolas.
- 14. Januar 75 : Große Demonstration in Lissabon für die gewerkschaftliche Einheit.
- 21. Januar 75 : Die Regierung genehmigt das Gesetz über die Einheitsgewerkschaft.
- 25. Januar 75 : Die radikale Linke sprengt den Kongreß der CDS in Porto.
- 7. Februar 75 : 30 000 Demonstranten folgen in Lissabon dem Aufruf der Arbeiterkommissionen, gegen die Manöver der NATO und gegen Arbeitslosigkeit zu demonstrieren.
- 7. März 75 : Demonstration der extremen Linken in Setubal gegen eine Versammlung der PPD. Ein Genosse wird von der Polizei erschossen.
- 11. März 75 : Fehlgelagener Putschversuch. Spínola flieht.
- 25. April 75 : Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung.
- 1. Mai 75 : Riesige Demonstrationen, Auseinandersetzungen zwischen KP und SP.
- 2. Mai 75 : anti-kommunistische Demonstration der PS, PPD und sonstiger Rechten



LCI ARBEITER PROGRAMM



FÜR DIE ARBEITEREINHEITS- FRONT, GEGEN KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG UND REAKTION !

Die LCI behauptet, daß es angesichts der gegenwärtigen Offensive der kapitalistischen Reaktion gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Werktätigen *nur eine Lösung gibt: Vernichtung der Reaktion*, die Zerschlagung der Instrumente der ökonomischen und politischen Herrschaft des Kapitals. Aber dazu müssen wir die gegenwärtige Regierung der Klassenkollaboration durch eine revolutionäre Arbeiterregierung ersetzen. Diese revolutionäre Arbeiterregierung kann nur auf der Basis der Einheitsfront der Arbeiter und der werktätigen Massen, der Einheitsfront aller proletarischen und revolutionären Organisationen errichtet werden. Und es ist möglich, nötig und dringend, diese Einheitsfront der Werktätigen schon jetzt im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Reaktion zu bilden:

a) im Kampf für die Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen – gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, für einen national einheitlichen Mindestlohn von 6000 Escudos (= 600 DM; zur Zeit beträgt der gesetzlich garantierte Mindestlohn 3.500 Escudos – d.Red.), für die gleitende Lohnskala (d.h. für eine automatische Anhebung der Löhne bei jeglicher Erhöhung der Lebenshaltungskosten), für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für die Zahlung eines

13. Monatslohns an alle Arbeiter und Werktätigen;

– gegen Arbeitslosigkeit und Entlassungen, gegen die Intensivierung der Arbeit und die Verlängerung des Arbeitstages, für die Verweigerung von Überstunden, für die Verweigerung jeglicher Akkordarbeit, für ein Veto der Arbeiter gegen Entlassungen, für die gleiche Skala der Arbeitszeit (d.h. für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter ohne Kürzung des Lohns), für die national einheitliche 40-Stunden-Woche;

– für eine Sozialpolitik der Verteidigung der Rechte der Werktätigen, für den Beginn des Rentenalters bei 60 Jahren, für anständige Wohnungen und Transportmittel, für ein kostenloses Gesundheitswesen, für volle Lohnfortzahlungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Invalidität, Schwangerschaft und beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, für eine wirksame Sozialfürsorge unter Kontrolle der Werktätigen, für ein kostenloses Unterrichtswesen und Schulpflicht bis zum 18. Lebens-

jahr, für eine freie und polytechnische Berufsausbildung.

b) Im Kampf gegen die Wirtschaftssabotage (gegen die Kapitalflucht und den Investitionsboykott, gegen die Hortung von Rohstoffen und Waren, gegen das Zurückhalten von Aufträgen, gegen das Hochtreiben der Preise etc.); für die Bildung von Kampfkommissionen gegen die Wirtschaftssabotage, für die Kontrolle der Buchführung der Unternehmen, für die Arbeiterkontrolle über die Produktion und den Warenaustausch, für die Bildung von Preisüberwachungskomitees (diese Organe sollen die Nationalisierung unter Arbeiterkontrolle all jener Unternehmen erzwingen, die bei Sabotageakten ihre Finger im Spiel hatten), für die Inhaftierung und öffentliche Aburteilung der kapitalistischen Saboteure.

c) Im Kampf für das „saneamento“ (die Säuberung (Anm. d. Hrsg.) der Fabriken, des öffentlichen Dienstes, der Kasernen und der Schulen von Faschisten und Reaktionären, im Kampf für die Entwaffnung der Unterdrückungsorgane des Kapitals (PSP, GNR) und für die Abschaffung aller faschistischen Wirtschaftsgesetze, die noch in Kraft sind.

d) Im Kampf gegen die Reorganisation der Faschisten und Reaktionäre und für die Auflösung und das sofortige Verbot aller Parteien der extremen Rechten (Partei „der Werktätigen“, Christdemokratie, CDS, PCSD).

e) Im Kampf gegen die faschistischen Anschläge und die Vorbereitung neuer reaktionärer Putschversuche, wobei wir die selbständige Wachsamkeit der Arbeiter und Soldaten in den Fabriken, Wohnvierteln, Kasernen etc. entwickeln und Organe der

Selbstverteidigung der Organisationen und der Kämpfe der Werktätigen bilden.

f) Im Kampf für die sofortige Novellierung der jüngsten Erlasse und Gesetze, die die demokratischen Rechte der Werktätigen schneiden, für das uneingeschränkte Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie das Recht auf eine proletarische und revolutionäre Presse; im Kampf für das Verbot der Aussperrung; im Kampf gegen den „gewerkschaftlichen Pluralismus“ und für eine demokratische und vereinigte Gewerkschaftsbewegung im Dienst des antikapitalistischen Massenkampfes; im Kampf für die Anerkennung des Rechts der Soldaten (Arbeiter und Werktätige in Uniform) auf gewerkschaftliche Organisation, Versammlungen und politische Diskussionen in den Kasernen usw.

g) Im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus, für den Austritt Portugals aus der NATO, für die sofortige Aufkündigung des Iberischen Pakts, für die sofortige Unabhängigkeit aller Kolonien, für die Unterstützung der Kämpfe der Werktätigen der ganzen Welt.

Für eine revolutionäre Arbeiterregierung kämpfen, Siegen, die Arbeiter an die Macht! Auf der Basis der Entfaltung dieser Ziele und Kampfformen also, Genossen, auf der Basis der Entwicklung der Einheit und der Organisation der Werktätigen im Kampf gegen die kapitalistische Reaktion ist es unser Erachtens möglich, die gegenwärtige Regierung der Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie durch *eine revolutionäre Arbeiterregierung* zu ersetzen, eine von allen proletarischen und revolutionären Organisationen gebildete Regierung, die sich auf die beständige Mobilisierung und Offensive der Werktätigen gegen die Ausbeutung



und kapitalistische Staatsmacht stützt und in der Lage ist, der ökonomischen und politischen Macht des Kapitals schwere Schläge zu versetzen.

Das Programm einer solchen Regierung müßte also folgendes sein:

1) Entschädigungslose Enteignung der bedeutendsten Unternehmen des Industrie-, des Handels- und des Agrarsektors sowie der großen Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk, Film, Presse) und ihre Inbetriebnahme unter Arbeiterkontrolle.

2) Übernahme des gesamten Kredit systems durch die Arbeiterregierung und Schaffung einer einzigen Staatsbank.

3) Ausschließliches Recht für die Arbeiterregierung, den Handel mit dem Ausland abzuwickeln, sodaß Boykotts und Aggressionen ökonomischer Art von Seiten der imperialistischen Mächte bekämpft werden können.

4) Unterstützung des armen Kleinbauern durch die Errichtung eines Kredit systems und die Gewährung technischer Unterstützung; für eine Agrarreform, die den armen Bauern von allen Schulden und Hypotheken befreit und die Pächter des nationalisierten Grund und Bodens zu Herren über das Produkt der von ihnen bearbeiteten Erde macht.

5) Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie

6) Schaffung einer zentralen Institution für wirtschaftliche Planung (Arbeiterkommissionen, Industriekomitees, Gewerkschaften, Kooperativen etc.).

7) Gleitende Lohnskala und gleitende Skala der Arbeitszeit; sofortige Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung einer kostenlosen Sozialfürsorge und Wohlfahrt sowie des kostenlosen Unterrichts; beträchtliche Herabsetzung der Preise für die kollektiven Transportmittel, die im Haushalt verwendete Energie und die Mieten.

8) Abschaffung jeglicher Gesetzgebung, die kapitalistische Interessen schützt und Ersetzung der bürgerlichen Gerichte durch von Werktätigen demokratisch gewählte rechtsprechende Organe.

9) Teilnahme der Massenorganisationen auf allen Stufen und in allen Instanzen der Leitung des sozialen Lebens. Diese Massenorganisationen müssen den Normen der proletarischen Demokratie gemäß strukturiert und repräsentiert sein, was die Wählbarkeit aller Instanzen, die regelmäßige Rechenschaftsberichterstattung, die permanente Kontrolle und die jederzeitige Abwählbarkeit aller Delegierten durch die Basis erfordert; die Bezahlung der Funktionen aller Delegierten darf den mittleren Arbeitslohn nicht überschreiten.

10) Allgemeine Bewaffnung der Werktätigen und Ersetzung der Polizei und der Armee durch Arbeitermilizen und freiwillige Wachsamkeitskomitees, die durch die Werktätigen integriert und kontrolliert werden.

11) Austritt Portugals aus der NATO, Ende des Iberischen Pakts, Aufkündigung aller Verträge mit dem Imperialismus, Abschaffung der Geheimdiplomatie und Inangriffnahme einer Außenpolitik der antiimperialistischen Unterstützung der ehemaligen Kolonien und der revolutionären internationalistischen Unterstützung der Arbeiterkämpfe auf der ganzen Welt; gegen das Europa der Ausbeuter und Monopole; Kampf für die Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

BESETZUNG VON FLORESCENTE

Einige Mitglieder der Arbeiterkommission, die aus 8 Personen besteht, erzählen uns, wie es zu der Besetzung kam und wie die Situation im Betrieb jetzt aussieht:

„Der Unternehmer behandelte uns Arbeiter wie Tiere. Erschikanierte uns am laufenden Band. Auf unsere Lohnforderungen ging er entweder überhaupt nicht ein oder, wenn er größtem Druck von unserer Seite ausgesetzt war, auch nur zum Teil. Oder er verwies auf die angeblich schlechte wirtschaftliche Situation des Betriebs und vertröstete uns auf unbestimmte Zeit.

Allmählich wurde uns das zu bunt – außerdem bemerkten wir Maßnahmen des Unternehmers, die darauf hinauslaufen sollten, den Betrieb stillzulegen. Wir meldeten dies dem Arbeitsministerium, das sich jedoch nicht darum kümmerte. Ende Februar, als der Unternehmer auf erneute Lohnforderungen wieder nicht einging, beschlossen wir, unseren Betrieb zu besetzen.

Seit der Besetzung stehen immer einige Arbeiter Wache, die darauf aufpassen, daß der ehemalige Besitzer nicht in den Betrieb kommt.

Ein bis zwei Mal pro Woche führen wir Vollversammlungen im Betrieb durch – in der Regel finden sie nach der Arbeitszeit statt. Wenn es etwas sehr Wichtiges zu besprechen gibt, fangen wir eine Stunde vor Schluß der Arbeit an. Auf diesen Vollversammlungen besprechen wir alle wichtigen Angelegenheiten, die den Betrieb betreffen.

Gleich am Tag der Besetzung haben wir die Produktion weitergeführt; wir arbeiten genauso viel wie früher, wenn nicht noch mehr. Wir ahnten dies für wichtig für die weitere Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Wir können uns deshalb auch unsere Löhne selbst auszahlen – entgegen den Erwartungen des Unternehmers! Das Geld bekommen wir aus dem Barverkauf unserer Produkte.

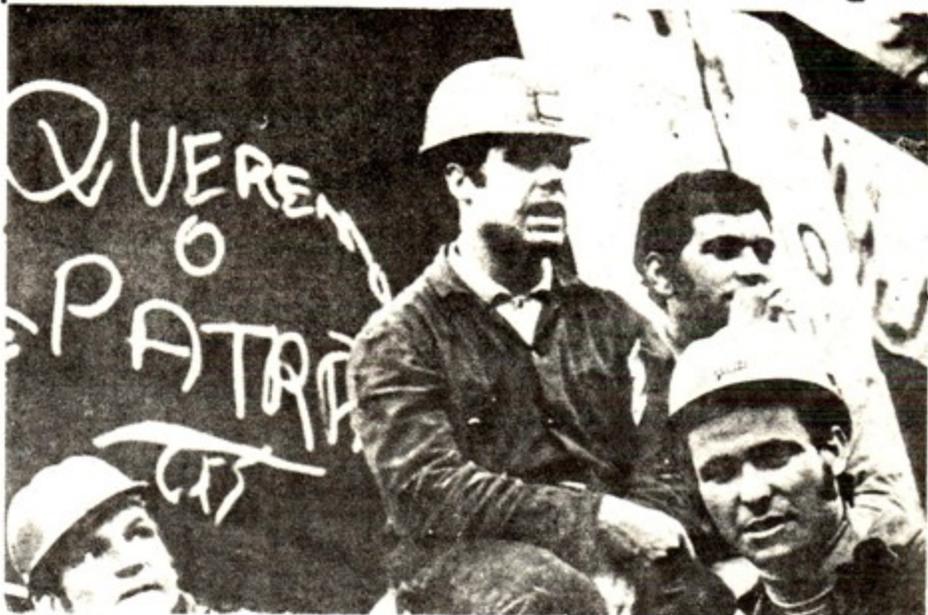
Über das Kapital des Unternehmers können wir allerdings nicht verfügen. Es liegt in der Hand der Regierung, zu bestimmen, was mit dem Geld geschieht. Wir konnten uns deshalb auch noch keine Lohnerhöhungen geben. (Jeder von uns erhält den gleichen Lohn wie vor der Besetzung.)

Wir stellen unsere Lohnforderungen an das Arbeitsministerium, das jedoch als Bedingung für die Gewährung höherer Löhne die Einsetzung eines vom Ministerium bestimmten Verwalters fordert. Das lassen wir uns aber nicht gefallen! Wir setzen dem entgegen (und sie zeigen uns ihre Zeitung, die ihren Streik und die Besetzung dokumentiert):

**WER VERTEIDIGT DIE ARBEITER ?
DAS MINISTERIUM NICHT !
DIE INTERSINDICAL NICHT !
DIE GEWERKSCHAFTEN NICHT !**

Die Arbeiter fühlen sich von diesen Institutionen verraten, deshalb sind wir der Meinung:

DIE ARBEITER VERTEIDIGEN SICH SELBST !"



PORTUGAL-VERANSTALTUNGEN DER GIM

Die Portugal-Veranstaltungen der GIM im Mai/Juni in Koblenz, Tübingen, Reutlingen, Bremen, Göttingen, Saarbrücken, Speyer konnten zwischen 30 und über 100 Personen mobilisieren. Sie erbrachten mehrere hundert Mark Spenden für die LCI (portugiesische sympathisierende Organisation der IV. Internationale)

SPENDEN FÜR DIE LCI auf Konto:

Ingo Speidel, Stuttgart, Postscheckkonto Stgt.
Nr. 16 51 16 - 708, Kennwort „Portugal“



MFA

MOTOR DER REVOLUTION?

Nach dem Putschversuch vom 11. März hat die MFA ihre Macht weiter konsolidiert. Die Institutionalisierung der MFA, die vorher monatlang gegen den hinhaltenden Widerstand der SP diskutiert worden war, wurde jetzt innerhalb von zwei Tagen beschlossen. Gleichzeitig haben sich innerhalb der MFA selbst die politischen Gewichte zugunsten des KP-nahen Flügels verlagert. Die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen, die von der Intersindical gefordert worden, im Wirtschaftsplan der MFA selbst aber nicht enthalten war, wurde durchgeführt. Der "Oberste Revolutionsrat", die entscheidende Instanz, wurde ausschließlich aus MFA-Offizieren gebildet. Die zu wählende Verfassungsgebende Versammlung dagegen bleibt wie die noch in diesem Jahr zu bestimmende Legislative ohne wesentliche Entscheidungsbefugnis.

Da aber der "Oberste Revolutionsrat" gezwungen ist, über jede grundsätzlichere Frage zu entscheiden, werden die Spannungen und Konfrontationen der portugiesischen Klassen zunehmend in die MFA selbst hineingetragen werden. Angesichts der offensichtlichen Schlüsselposition der MFA in der gegenwärtigen Situation wird demnach die Einschätzung der Funktion und Entwicklungsrichtung der MFA von enormer Wichtigkeit. Nicht zufällig differenziert sich auch die radikale Linke in der BRD in der Einschätzung dieses neuen Phänomens in der revolutionären Entwicklung.

ENTSTEHUNG DER MFA

Die MFA ist das Produkt einer spezifischen Konstellation in Portugal. Die portugiesische Armee bietet insbesondere für ärmere Schichten des Kleinbürgertums oft die einzige soziale Aufstiegsmöglichkeit, zumal in Portugal die Offiziere in größerem Umfang als in vergleichbaren bürgerlichen Armeen parallel zur militärischen Karriere ein Hochschulstudium absolvieren. Die zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten des Kleinbürgertums infolge der Kolonialkriege, die Einbeziehung der Offiziere in das politisierte Klima der Universitäten, aber vor allem die blutigen Erfahrungen im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in den Kolonien bildeten einen permanenten Nährboden für die anti-diktatorische Strömung in der Armee. Dabei ist die erfolgreiche Revolte gegen das Caetano-Regime durchaus nicht die erste Revolte portugiesischer Offiziere gewesen.

Nach der Liquidation des Caetano-Regimes am 25. April letzten Jahres füllt die MFA das Machtvakuum zwischen einer Bourgeoisie aus, die in sich gespalten und orientierungslos ist, und einer Arbeiterklasse, die sich sehr schnell nach dem Putsch in einem allgemeinen Aufschwung befand, in

dem sie sich in ihren Aktion- und Organisationsformen unglaublich schnell radikalisierte, gleichzeitig aber auf der politischen Ebene nicht als selbständige autonome Klasse auftrat, sondern Anlehnung an die MFA suchte. Das ermöglicht erst die bonapartistische Rolle der MFA.

DIE MFA UND DIE BOURGEOISIE

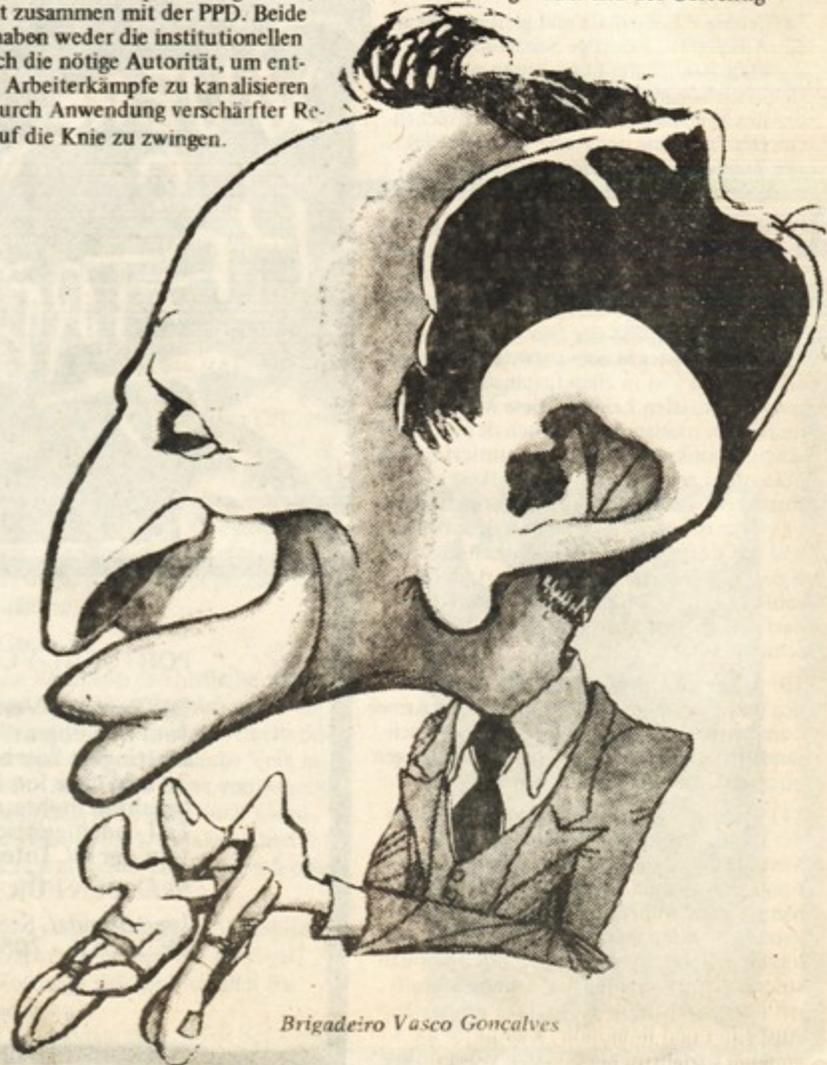
Dieser Widerspruch zwischen der Radikalität beispielsweise der ökonomischen Forderungen und dem politischen Bewußtsein ist in den ersten Monaten besonders deutlich geworden an dem Nebeneinander zweier Lösungen: "Für 6 000 Escudos Mindestlohn" und "Es lebe Spinola". Auf diesem labilen Klassengleichgewicht hat die MFA vor allem unter Spinola, trotz ihrer relativen Autonomie, eine Funktion ausgeübt, die den Modernisierungsabsichten der Bourgeoisie entsprach. Von daher hatte (und hat noch) die MFA eine wichtige Bedeutung für die Bourgeoisie. Die MFA ist der einzig mögliche Garant zur Reform und Regeneration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Portugal. Auf der Wahlebene läßt sich das Problem für die Bourgeoisie nicht lösen.

Zunächst fehlt überhaupt irgendeine bürgerliche Partei, die nicht in den Augen breiter Teile des portugiesischen Volkes völlig diskreditiert wäre. Die SP hat nicht wirklich die Möglichkeit, politisch und gesetzlich die weitere Ausdehnung und Intensivierung der Arbeiterkämpfe zu begrenzen, auch nicht zusammen mit der PPD. Beide Parteien haben weder die institutionellen Mittel noch die nötige Autorität, um entweder die Arbeiterkämpfe zu kanalisieren oder sie durch Anwendung verschärfter Repression auf die Knie zu zwingen.

Wenn irgendjemand dazu in der Lage ist, einen ökonomischen Plan durchzusetzen, der die Wirtschaftsstrukturen modernisiert unter Wahrung des Privateigentums und der Marktgesetze, dann ist es die MFA. Dies aus zwei Gründen. Erstens aufgrund der immer noch blinden Autorität, die sie von Seiten der Arbeiterklasse genießt. Und zweitens aufgrund ihrer militärischen Macht. Diese Funktion einer Reorganisation der ökonomischen und politischen Strukturen unter weitgehender Nichtbeachtung parteipolitischer oder gewerkschaftlicher Interventionen vor dem Hintergrund eines labilen vorübergehenden Klassengleichgewichts bezeichnen wir als bonapartistisch.

Noch einigermaßen eindeutig hat die MFA diese Funktion unter Spinola abgedeckt. Den ursprünglichen Wirtschaftsplan der MFA kommentierte die Bankierszeitung "Journal de Genève" beispielsweise wie folgt: "Dieser Plan ist zugleich von der Vorsicht eines Sioux im Umgang mit den schon ziemlich verramponierten ökonomischen Strukturen: Die Unternehmen werden privat bleiben und dem Marktgesetz unterliegen... und die ausländischen Investitionen schließlich werden den Vorzug präziser Garantien genießen." (22.2.75)

Das Gesetz zum Streikrecht erklärt Besetzungen und politische Streiks für rechtswidrig. Das Gewerkschaftsgesetz formuliert seine Absicht wie folgt: "...die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu regulieren, um in den Unternehmen die Bedingungen zu schaffen, die dem Gleichgewicht und der Gerechtigkeit



Brigadeiro Vasco Gonçalves

keit in den Arbeitsbeziehungen entsprechen.“ Das Pressegesetz verbietet jegliche Angriffe auf die Armee. Das Parteiengesetz reglementiert die Zulassung von Parteien und ermöglicht deren Verbot (wie geschehen im Fall der MRP!).

MFA.POVO



POVO.MFA

RADIKALISIERUNG

Daß nach dem zweiten Spinola-Putschversuch vom 11. März Verstaatlichungen weit über den Plan hinaus mit einem Federstrich vorgenommen wurden, daß nicht nur keine Betriebsbesetzungen mehr verhindert werden, sondern im Gegenteil in letzter Zeit eine Welle von Betriebsbesetzungen durchgeführt und von MFA-Offizieren "legalisiert" werden, daß verbotene linke Parteien real weiterexistieren -- das offenbart allerdings die andere Medailleseite der MFA-Einschätzung: die permanente Eigenentwicklung der MFA vor dem Hintergrund verschärfter Klassenkonfrontation.

Seit dem ersten Putschversuch Spinolas hat sich das politische Schwergewicht innerhalb der MFA laufend nach links verschoben. Spätestens nach dem Septemberversuch fehlt der MFA der "Bonaparte", die autoritative Persönlichkeit zur klassischen Erfüllung einer bonapartistischen Funktion. Stattdessen zerbröckelt das innere Gefüge der MFA nach jedem Coup der Reaktion mehr. Noch funktioniert der Mechanismus, den Fabiao gegenüber der Zeitung "Expresso" so beschreibt: "Alle Delegierten sind sich voll bewußt, daß unsere Stärke in unserer Einheit liegt und daß sie deswegen der wichtigste Wert ist, den es zu bewahren gilt". Dieser Mechanismus des Zwangs zur Einheit, der die Flügel der MFA zu binden versucht, ist die Voraussetzung, um überhaupt ihre derzeitige klassenpolitisch stabilisierende Funktion auszuüben. Aber diese Einheit dürfte angesichts der gegenwärtigen Dynamik der Klassenauseinandersetzung zerfallen.

Zusätzlich werden durch die Bildung von Soldatenkomitees oder (wie im Falle des "roten" Leichten Artillerie-Regiments RAL 1) durch die Auflösung der traditionellen militärischen Hierarchie die MFA als Block von unten angeknackt. Junge Offiziere unterstützen lokal Haus- und Fabrikbesetzungen.

Die Armee wird durch die zunehmende Auflösung der Befehlsstruktur und die Politisierung der Mannschaftsränge als mögliches militärisches Instrument gegen die Arbeiterklasse von Tag zu Tag untauglicher. In dieser Situation relativiert sich die Funktion der MFA von selbst. Dagegen werden

die anstehenden Klassenkonflikte unantastbarer in die MFA selbst hineinprojiziert.

NICHT MOTOR, SONDERN PRODUKT DER MOBILISIERUNGEN

Im Verhältnis zur MFA ist für die revolutionäre Linke von existentieller Bedeutung, die unkritische Haltung weitester Teile der Arbeiterklasse gegenüber der MFA aufzubrechen, ihr Vertrauen in die eigene Kraft, Vertrauen zur selbständigen Klassenaktion zu vermitteln und nicht auf die zukünftige Differenzierung der MFA zu setzen. Umgekehrt kann die weitere Polarisierung und mögliche Linksentwicklung der MFA nur Folgeprodukt der selbständigen Aktionen der Arbeiter in den Betrieben, Kasernen und Stadtvierteln sein.

Die ganze bisherige Entwicklung der MFA unterstreicht dies. Bei jedem Rechtsputschversuch war die MFA aufgrund ihrer eigenen sozialen Begrenztheit nicht in der Lage, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Reaktion entscheidend zu schlagen.

Die Putschversuche, vor allem der vom September, sind tatsächlich auf der Straße geschlagen worden. Aber jedesmal haben die gewaltigen Massenmobilisierungen das politische Gefüge der MFA erschüttert und zur Verlagerung des politischen Gewichts geführt. In der Vorseptemberzeit waren die politischen Vorstellungen der MFA-Offiziere vage und im wesentlichen auf die Beendigung des Kolonialkriegs konzentriert. Die sozialen Vorstellungen wurden vom typisch kleinbürgerlichen Klassenausgleichsdenken geprägt. Nach dem September zwangen die Verhältnisse die MFA zu stärkerer Konfrontation mit den bürgerlichen Parteien und zur Einleitung der "kulturellen Dynamisierungskampagne" der MFA auf dem

ende.

Der März-Putschversuch traf auf einen fassenden Aufschwung der Arbeiterklasse. Die Verstaatlichungen liefen der Besetzungswelle gewissermaßen hinterher. Die MFA sah sich, schon aus eigenem Existenzinteresse, zu einer umfassenden Säuberungskampagne gedrängt. Die politische Differenzierung und Linksentwicklung der MFA war immer das Produkt der Massenmobilisierung, nie umgekehrt.

Auf der anderen Seite ist es unserer Meinung nach falsch, die "bonapartistische" Funktion der MFA derart zu schematisieren, wie es z.B. die SAG tut, und dabei die Dynamik zu übersehen, der die MFA selbst unterliegt und die sie eben daran hindert, die klassisch bonapartistische Rolle zu spielen. Solange die Bourgeoisie nicht die Möglichkeit eines Putsches hat, und die hat sie gegenwärtig offensichtlich nicht, solange sie nicht auf eine ausländische Intervention setzen kann, und das kann sie aktuell kaum infolge des veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisses durch den Sieg der indochinesischen Revolution, solange muß sie die Karte der MFA spielen. Die gestaltet sich für die portugiesische Bourgeoisie allerdings immer mehr zu einem Lotteriespiel aufgrund der inneren Entwicklung der MFA.

So richtig es ist, jeder Illusion über die MFA entgegenzuwirken und eben nicht auf die politische Differenzierung der MFA setzen, so falsch ist es, die inneren Entwicklungsprozesse vollständig zu übersehen und ein falsches Schema mit papiernen Dokumenten und Gesetzen zu begründen, über die die Dynamik der Klassenauseinandersetzung längst hinweggeschritten ist.

J.P.



DAS ROTE REGIMENT

INTERVIEW MIT EINEM SOLDATEN DES RAL 1.

Der revolutionäre Prozeß in Portugal seit dem 25. April 1974 führt zur zunehmenden Zersetzung der Armee als Instrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Allerdings sind Bewußtseinsstand und Organisationsformen von Einheit zu Einheit sehr unterschiedlich. Insbesondere nach dem gescheiterten Putsch von Spínola am 11.3.1975 wurden in vielen Kasernen Vollversammlungen durchgeführt und Komitees eingerichtet, die die Soldaten informieren und mobilisieren sollen, um einem weiteren Putschversuch vorzubeugen.

Das folgende Interview entstand bei einem Besuch des RAL 1 in Sacavem am 27.4.75. Das RAL 1 (1. leichtes Artillerie-Regiment) ist der Weltöffentlichkeit bekannt geworden, weil es am 11. März im Mittelpunkt der einzigen militärischen Aktion stand, die die Putschisten durchführten: die Bombardierung der Kaserne des RAL 1 in Sacavem (Arbeiterort von Lissabon) durch zwei Flugzeuge und ihrer Umzuehung durch Fallschirmjäger. Nicht zufällig: Das RAL 1 war schon damals als das „Rote Regiment“ bekannt, in dem die revolutionäre Linke großen Einfluß ausübt und wo revolutionäre Strukturen durchgesetzt wurden.

Frage: Stimmt es, daß im RAL 1 die Offiziere von den Mannschaften gewählt werden? oder gibt es parallele Strukturen von Delegierten?

Antwort: Es gibt keinerlei parallele Strukturen. Von den Offizieren aus der Zeit vor dem 25. April 74 wurden die Reaktionen zum Gehen gezwungen. Die Schlimmsten wurden verhaftet, andere aus der Armee ausgestoßen. Aber die progressiven sind geblieben und wurden von uns anerkannt. Die neuen Offiziere haben wir hinzugewählt.

F.: Begründet Ihr die Wahl der Offiziere durch die Ausnahmesituation oder meint Ihr, daß dieses Prinzip in allen Einheiten durchgesetzt werden soll?

A.: Wir sind uns durchaus bewußt, daß es sich hier um eine revolutionäre Umstrukturierung handelt, um die Funktion der Armee als Werkzeug der Bourgeoisie zu zerstören. Übrigens glaube ich nicht, daß es heute überhaupt noch Einheiten gibt, die im Auftrage der Bourgeoisie gegen Arbeiter vorgehen würden. Seit dem 20. Juni 74 als die Copcon-Einheiten gegen den Poststreik intervenierten, hat sich einiges innerhalb der Armee geändert. Im September 74 wurden Marineeinheiten zu Lisnave (Werft in Lissabon) geschickt, um das Werk zu umzingeln und die Arbeiter nicht in die Stadtmitte demonstrieren zu lassen. Aber die Matrosen bildeten eine breite Gasse und grüßten die Lisnave-Arbeiter, als diese durchmarschierten.

Die Fallschirmjagereinheiten, die uns am 11. März umstellten, sind getäuscht worden. Als das Volk sie aufklärte, liefen sie zu uns über.

Wir versuchen, das Prinzip der Offizierswahl und Kontrolle überall in der Armee zu verbreiten. Und es gibt schon Einheiten, die es anwenden.

F.: Wie sieht eure Kommunikationsstruktur aus?

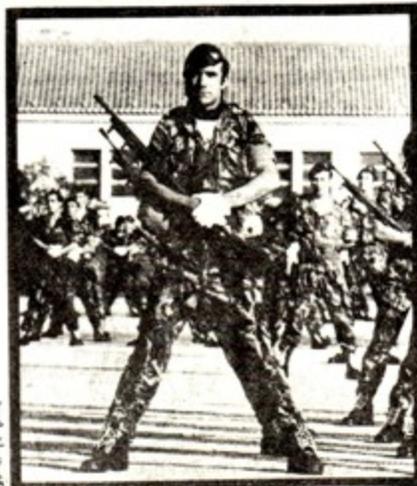
A.: Es gibt keine besonderen Strukturen dafür. Die Kommunikation ist direkt, und geht vor allem über die MFA-Versammlungen.

F.: Wie stehen die MFA-Führung bzw. die Regierung zu eurem Experiment? Sind sie dagegen?

A.: Vielleicht sind Elemente der MFA dagegen. Aber insgesamt opponiert die MFA nicht. Wir schreiben über unser politisches Leben im Bulletin der MFA.

F.: Wie sieht das politische Leben innerhalb der Kaserne aus? Können Parteien, vor allem die revolutionären Organisationen, offen arbeiten?

A.: Nein, Parteiaktivitäten wie im „Zivilleben“ gibt es in der Kaserne nicht. Wir haben eine linke Linie, die gemeinsam erarbeitet wird. Wir führen oft Versammlungen durch, wo



politisch diskutiert wird. Aber es gibt keine Sitzungen der Organisationen innerhalb der Kaserne. Ich bin Mitglied einer politischen Organisation, der Kamerad zur Rechten ist Mitglied einer anderen Organisation, der zur Linken ebenso – aber es gibt kein „Parteilieben“ innerhalb der Kaserne.

F.: Glaubst Du, daß sich die portugiesische Armee auf diese Art und Weise in ihrer Funktion verwandelt wird und nicht mehr gegen Arbeiter eingesetzt werden kann?

A.: Zur Zeit wird sie nicht gegen Arbeiter

eingesetzt. Daß sie dazu in Zukunft eingesetzt werden kann, glaube ich nicht. Auf jeden Fall geht der Prozeß in der Armee weiter – es kann nur besser, es kann nicht schlechter werden.

F.: Die Mehrheit der Soldaten heute ist gegen die Bourgeoisie, aber sie vertraut der MFA und stimmt für die KP oder gar für die PS von Soares, die beide im besten Fall reformistische Parteien sind.

A.: Die „älteren“ Soldaten in der Armee politisieren die Jungen, wenn sie ihren Wehrdienst beginnen, besonders diejenigen, die vom Land kommen. (Anm.: Die Wehrpflicht beträgt z.Zt. 2 Jahre und das RAL 1 setzt sich fast ausschließlich aus Wehrpflichtigen zusammen). Es ist klar, daß bei einer Verschärfung der Arbeiterkämpfe, die kommen muß, innerhalb der MFA die Differenzierungen zum Auseinanderbrechen der derzeitigen Einheit führen müssen. Die Revolution wird letztlich nicht durch die gewandelte Armee, sondern durch einen bewaffneten Aufstand des Volkes durchgeführt werden.

COMMUNIQUE DES RAL 1.

Das kriminelle faschistische Attentat von heute morgen auf die Soldaten und alle Militärs des RAL 1 hat gezeigt, daß es nicht genügt, die faschistischen und reaktionären Offiziere im Dienste der Kapitalisten und der Imperialisten auszusüßern und in die Reserve zu versetzen, um sie daran zu hindern, die Konterrevolution vorzubereiten, um die revolutionäre Bewegung des Volkes im Blut zu ertränken.

Genossen,

die kriminelle faschistische Attacke auf das RAL 1 fügt sich ein in die Repression, die auf die Arbeiterklasse und das portugiesische Volk lastet, Angriffe in Form von Arbeitslosigkeit, von Hunger und Elend, denen uns die Kapitalisten und ihre Lakaien weiter unterwerfen wollen. (...)

Tod dem Faschismus! Volksjustiz!
Imperialisten raus aus Portugal!
Sofortige Erschießung aller Faschisten!

Die Soldaten sind Söhne des Volkes!

Encarnação, den 11.3.75

Die Soldaten und alle Militärs vom RAL 1, die heute von den Faschisten bombardiert wurden.



WAHLEN

Wenn sich die MFA trotz des vorhersehbaren Resultats auf Wahlen nach dem Muster bürgerlicher Demokratien einließ, dann hat das im wesentlichen drei Gründe: Erstens hätte sie aufgrund ihrer früheren Versprechen ihre (bürgerliche) Glaubwürdigkeit verloren. Zweitens aufgrund des Drucks bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise bis hin zur SP im Inland und schließlich aufgrund des Drucks aus dem Ausland. Zuvor allerdings hatte die MFA durch den Pakt mit den Parteien und die Institutionalisierung der MFA keinen Zweifel daran gelassen, daß den Wahlen keinerlei praktische Bedeutung zukommt. MFA-Sprecher meinten, das Wahlergebnis gäbe lediglich ein „Photo“, ein politisches Meinungsbild des Landes ab.

Aber in einem revolutionären Prozeß spielt man nicht ungestraft bürgerlichen Demokratismus. Die Wahlen verlagerten das Schwergewicht des politischen Lebens im Lande von der MFA auf die Parteien. Und sie orientierten die Massen auf den Elektoralismus. Die MFA selbst mußte, um glaubwürdig zu bleiben, eine Kampagne für die Wahlbeteiligung machen und konnte damit nicht umhin, die „Wichtigkeit“ der Wahlen hervorzuheben. Wenn 92% abgestimmt haben, so drückt sich die Bedeutung der Wahlen als Möglichkeit der Veränderung im Bewußtsein der Massen aus. Bezeichnend, was uns ein Arbeiter einer Zementfabrik in

Setubal sagte: „Jetzt warten die Arbeiter darauf, was die PS, die die Wahlen gewonnen hat, in der Regierung unternimmt.“

Selbst wenn die fortgeschrittenen Arbeiter ihren Kampf nicht aufgrund der Wahlen unterbrechen, selbst wenn die LCI und andere Organisationen der revolutionären Linken ihre „Wahlkampagne“ weg vom reinen Wahlgeschäft ausrichteten, insgesamt bedeuten die Wahlen, unabhängig vom Ergebnis, einen gewissen Rückschlag des revolutionären Prozesses.

DAS WAHLERGEBNIS

Das Wahlergebnis ist so widersprüchlich, daß fast alle Interessierten es als

den Sieg ihrer Richtung interpretieren konnten: Die SP feierte in den Straßen mit lautem Geheule ihren Sieg. MFA-Sprecher Vasco Lourenco sah es als Beweis für das Vertrauen des Volkes in die MFA, und die bürgerlichen Politiker des Auslandes atmeten erleichtert auf, daß den „extremen Kräften“ einschließlich der KP (!) eine Absage erteilt worden wäre, und bescheinigten väterlich dem portugiesischen Volk das Bestehen der „Demokratischen Reifeprüfung“ (von Hasel, CDU)

Eines ist klar: Die Urnen drücken nur verfälscht das tatsächliche Kräfteverhältnis in der Regierung, in den Betrieben und auf der Straße aus. KP-Führer Cunhal hatte allen Grund, diese Grunderkenntnis des Marxismus, die von seinen KP-Kollegen anderer westeuropäischer Länder längst „vergessen“ worden ist, angesichts der Wahlniederlage seiner Partei mal wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Zentrums diskutiert. Auf einer Versammlung Ende April beschlossen die Besetzer, eine

Zeitung für den Stadtteil herauszugeben und die Bevölkerung dazu aufzurufen, am 1. Mai von Ajuda aus gemeinsam in die Innenstadt zu marschieren, um sich dort in die Demonstration der Intersindical einzureihen.



Aber die hohe Stimmenzahl für die SP ist nicht eindeutig. Sie läßt sich im wesentlichen zurückführen auf die Stimmabgabe von Arbeitern, die vielleicht schon radikale Kämpfe führen, aber in ihrem politischen Bewußtsein noch zurück sind oder von Werktätigen, die erst elementares politisches Klassenbewußtsein bekommen. Wir erinnern uns noch gut an die Bäuerin, die wir ins SP-Büro der Kleinstadt Montijo eintraten sahen, um eine SP-Anstecknadel zu kaufen, weil sie „Sozialistin“ sei.

Andererseits erhielt die SP aber auch Stimmen von Sektoren der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die gegen Kommunismus, für Ordnung und Privatbesitz votierte. Das Verhalten der SP-Führung nach dem Wahlausgang machte den zweiseitigen Charakter ihres Wahlsieges deutlich.

Das schwache Abschneiden der KP und ihrer Schattenorganisation, der MDP/CDE zwingt sie, den Akzent auf die Ebene zu legen, wo sie stark ist: auf die Arbeiterbewegung, bei der mobilisierten Arbeiterklasse. Unter den Attacken der SP von rechts wird die KP durch eine harte und wortradikale Taktik die kämpferische Arbeiterschichten zu ihrer Basis machen und gegebenenfalls mit Organisationen der extremen Linken zusammenarbeiten, um auf die Regierung Druck auszuüben.

Die KP ist wie die MFA Opfer des selbstgezüchteten Elektoralismus (ihrer Politik der Veränderung über Wahlen, d.Red.) geworden. Gewisse Schichten des Proletariats waren nach der elektoralistischen und großmäuligen Kampagne der KP vom Ergebnis ziemlich enttäuscht.

Es ist anzunehmen, daß die KP-Mitglieder den Schluß ziehen werden, daß der Weg zum Sozialismus eben nur über die Vertiefung und Ausweitung der Arbeiterkämpfe gehen kann. Und damit werden sie bei der Führung auf eine gewisse, taktisch bedingte Öffnung stoßen.

Die extreme Linke hat insgesamt 4% der Stimmen bekommen, wobei sie in etlichen Distrikten überhaupt nicht kandidierte. Dies zeigt ihre relative Stärke. Eine genaue Analyse nach Wahlbezirken ergibt, daß die extreme Linke gerade in den Bastionen der Arbeiterklasse am stärksten ist.

Man kann die Stimmen der Arbeiterparteien (KP, SP, extreme Linke) zusammenzählen und kommt auf über 55%, gegenüber 35% der bürgerlichen Parteien. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich also für den Sozialismus ausgesprochen. Zugleich kommt hier das starke Selbstbewußtsein der portugiesischen Werktätigen zum Ausdruck. Ein Vergleich mit den griechischen Wahlen im letzten November, die Karamanlis haushoch gewann, macht deutlich, daß der Bourgeoisie in Portugal der Weg einer bürgerlich-parlamentarischen Terierung z.Zt. nicht offensteht, daß sie auf die MFA angewiesen ist.

RECHE E CENTRO POPULAR DE AJUDA Kinderkrippe und Volkszentrum von Ajuda (Stadtteil von Lissabon)

Am 9. März 1975 wurde von einem Teil der Bevölkerung des Stadtteils Ajuda eine seit 17 Jahren leerstehende Villa besetzt. Das Haus soll als Kinderkrippe und Volkszentrum benutzt werden. An der Renovierung des Hauses beteiligen sich etwa 50 Bewohner des Stadtteils – Soldaten der benachbarten Kaserne helfen ihnen dabei. Zur Renovierung werden etwa 100.000 DM benötigt. Das Geld soll durch Spendensammlungen im Stadtteil Ajuda (ca. 35.000 Einwohner) und durch einen Partnerschaftsvertrag mit einer Schule, die an Raumknappheit leidet, und für die Mitbenützung der Räume des Zentrums Material und Lehrer zur Verfügung stellen soll, zusammengebracht werden.

Das Projekt findet breite Unterstützung innerhalb der Bevölkerung. Die erste Benützung der Kinderkrippe war sehr erfolgreich: Am 25. April konnten die Kinder zur Beaufsichtigung in der Krippe abgegeben werden, damit die Eltern in Ruhe wählen konnten. Das Haus wird in Selbstorganisation verwaltet. Es gibt verschiedene Arbeitskommissionen, die sich um die Renovierung des Hauses, Verhandlungen mit der Regierung, Öffentlichkeitsarbeit usw. kümmern. Auf den Versammlungen berichten die verschiedenen Kommissionen über den Stand ihrer Arbeit. Außerdem wird über Sinn und Zweck des

ARBEITERRADIKALISIERUNG UND KP

Nicht nur die Bourgeoisie, auch die europäische revolutionäre Linke hat es überrascht, wie schnell die portugiesische Arbeiterklasse nach dem 25. April 74 das Niveau der fortgeschrittensten Arbeiterkämpfe von Italien, Frankreich und Großbritannien nicht nur erreichte, sondern inzwischen sogar übertraf, daß es heute die portugiesische Arbeiterklasse ist, die den Arbeitern anderer Länder mit sehr viel längerer Kampftradition den Weg zeigt.

Sicher, der 25. April war nicht der Nullpunkt. Gerade in den 6 Monaten zuvor waren in Portugal unter dem Caetano-Regime Streiks ausgebrochen, die vereinzelt und kurz waren, aber die unterschiedlichen Schichten bis hin zu den Landarbeitern des Alentejo erfaßt hatten und damit die hohe Kampfbereitschaft des portugiesischen Proletariats schon ankündigten.

Nach dem 25. April, insbesondere nach den riesigen Demonstrationen des 1. Mai 1974, überzog eine Welle von spontanen Streiks das ganze Land und erfaßte sämtliche Bereiche des Arbeitslebens. Es war mehr ein Ausbruch der Freude über die neuerrungene Freiheit als ein bewußter Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Die Forderungen nach 6 000 Escudos Mindestlohn (600,-DM) sowie nach „saneamento“ (=Säuberung der Faschisten) kehrte überall wieder. Nachdem die Regierung den Mindestlohn auf 3 300 Escudos gesetzlich festgelegt und die bekanntesten Faschisten „saniert“ waren, riefen Regierung und KP und Intersindical das Volk zur Arbeit „für den nationalen Wiederaufbau“ auf. Der größte Teil der Arbeiterklasse sah ein, daß „unpassende Kampfformen“ wie Streiks den nationalen Wiederaufbau behindern.

Aber der Avantgardesektor der Arbeiterklasse war nicht bereit, sich für den kapitalistischen Wiederaufbau einzuschränken. Vereinzelt Betriebe traten immer wieder in Streik, für lineare Lohnerhöhungen, gegen Entlassungen, für vollständige „Säuberung“, für 4 Wochen bezahlten Urlaub usw. So die Angestellten der Post, die im ersten nationalen Streik in Portugal vom 18. zum 20. Juni unter anderem die 35-Stunden-Woche forderten. So die Arbeiterinnen der Sogantil-Textilfabrik, die keine Lohnerhöhungen, sondern menschlichere Arbeitsbedingungen forderten. So die Angestellten des „Jornal do Comercio“, die gegen den reaktionären Direktor den Betrieb besetzten und selbst eine Zeitung herausbrachten.

Es waren Arbeiterkämpfe, die im allgemeinen isoliert blieben, die von der Intersindical, der KP und der Regierung oft sabotiert und bekämpft wurden, die aber gerade deshalb unter den kämpfenden Arbeitern das Klassenbewußtsein und die Kampferfahrung gewaltig stärkten: Gegen die Intersindical und die Regierung konnten sie nur bestehen, wenn sie demokratische Kampfstrukturen schufen (gewählte Komitees, Vollversammlungen) und harte Kampfformen anwandten (Betriebsbesetzung, Streikposten). Gleichzeitig

erlangten sie dabei ein starkes Selbstvertrauen in die eigene Kraft und ein gesundes Mißtrauen gegen die KP- und Gewerkschaftsbürokratie und die MFA-Regierung.

Andererseits zwangen die konterrevolutionären Putschversuche vom 28. September und 11. März sowie die reaktionäre Mobilisierung der SP im Januar anläßlich der Gewerkschaftsgesetze die KP und die Intersindical dazu, als Führende Organisationen der Arbeiterklasse ihren Mann zu stehen. Und sie wurden ihrer Verantwortung gerecht: es war die Mobilisierung der Arbeiterklasse auf Initiative der KP, die Organisation von Straßenkontrollen bewaffneter Arbeiter und die Besetzung der Betriebe, die die Putschversuche zum Scheitern verurteilte.

Diese Mobilisierungen – und der Druck der Basis – führten die KP dazu, eine klassenkämpferische Haltung einzunehmen. Sie geht nicht mehr offen gegen Streiks vor. Sie toleriert oder unterstützt den Neuaufschwung der Arbeiterkämpfe, der seit Dezember letzten Jahres festzustellen ist und der seit dem März eine ungeheure Beschleunigung erfahren hat: Im ganzen Lande sind die Werktätigen in die Offensive gegangen: Die Nationalisierung der Banken war von den Angestellten und ihren Gewerkschaften (die der Intersindical angeschlossen sind!) systematisch vorbereitet worden; die Arbeiterkontrolle in den Banken und Versicherungen ist mit der Nationalisierung eigentlich nur bekannt und legalisiert worden.

Es ist klar, daß die KP den derzeitigen revolutionären Prozeß nicht kontrolliert.



Sie hat nicht einmal ihre eigene Basis fest in der Hand: Die Partei ist so schnell gewachsen durch den Zugang von kämpferischen Arbeitern, daß sie deren Initiativen nur schwer zügeln, gerade noch lenken kann. Bezeichnend die Betriebsbesetzung der Schrubenfabrik Florescente, zu der wir auf Seite einen Artikel abdrucken: Ein Mitglied der dortigen Arbeiterkommission mit großem Ansehen gehört der KP an! Bezeichnend ebenfalls, daß die Arbeiteravangarde der Großbetriebe im Industriegürtel Lissabons, die im Herbst mehrheitlich bei den Maoisten organisiert war, inzwischen wieder aufgrund der Sektiererei und der Unfähigkeit dieser, den Betriebskämpfen eine Perspektive zu geben, der KP zuneigen.

Nebenstehend drucken wir kommentarlos das Interview ab, das wir mit einem führenden Funktionär der Intersindical hatten. Hierin kommt sowohl deren regierungstreue Haltung (Verurteilung des Post- und TAP-Streiks als „reaktionär“ wie der Lastwagenbesitzerstreik unter Allende in Chile, Respektierung des ausländischen Kapitals) als auch ihre linke Taktik (kein Ausschluß auf der Gewerkschaft von Revolutionären, Auseinandersetzung mit der SP am 1. Mai) zum Ausdruck.



F.: Was gab es an Gewerkschaftsstrukturen vor dem 25. April (1974) ?

A.: 1970 mußten aufgrund der wachsenden Unruhen zum ersten Mai „Wahlen“ durchgeführt werden, die zur Bildung von Zwangsgewerkschaften führten. Von der gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossen waren Bauern, Angestellte des Öffentlichen Dienstes und Fischer. Es gab über 300 Einzelgewerkschaften, Berufsgewerkschaften.

F.: Wurden diese Strukturen übernommen?

A.: Die Strukturen ja, aber wir haben die Leute, die mit den Faschisten zusammenarbeitet haben, rausgesäubert. Wir sind dabei, die Berufsgewerkschaften zu Einheitsgewerkschaften auf Branchenebene zu entwickeln, deren Dachverband die Intersindical ist.

F.: Warum wurden nach dem 25. April nicht direkt neue Gewerkschaften gegründet?

A.: Zum einen gab es noch die alten Gesetze, an die wir gebunden waren. So ist z.B. die Zwangsmitgliedschaft erst jetzt durch das Gewerkschafts-Neustrukturierungsgesetz (30.4.75), abgeschafft worden. Zum anderen wollten wir diesen Schritt nicht machen, bevor bei den Arbeitern das Bewußtsein der Notwendigkeit neuer Gewerkschaften nicht entstanden war.

F.: Wie ist das Verhältnis der Intersindical zu den Arbeiterkommissionen?

A.: Diese waren notwendige – illegale – Organisationsformen unter dem Faschismus. Sie bestehen noch, weil der Prozeß der Gewerkschaftsorganisation noch nicht abgeschlossen ist. Aber danach werden sie überflüssig werden.

F.: Gibt es organisierte Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften?

A.: Nein. Jeder kann seine Meinung individuell äußern, aber wir versuchen parteipolitische Diskussionen zu vermeiden.

F.: Gibt es keine Ausschlüsse von Mitgliedern der Parteien der extremen Linken aus den Gewerkschaften?

A.: Auf keinen Fall. Es gab höchstens einige wenige Fälle, die sorgfältig geprüft wurden, wo erwiesene Reaktionen rausgeschmissen wurden.

F.: Am 1. Mai, auf der Abschlußkundgebung der Intersindical-Demonstration, habt ihr den PS (Sozialistische Partei)-

Führern untersagt, auf die Rednertribüne zu kommen, was sich in eine Reihe Kontroversen zwischen der PS und der Intersindical einordnet, und was auch Anlaß zu heftigen Reaktionen wurde. Was ist eure Haltung dazu?

A.: Die PS hat diesen spalterischen Schritt geplant gehabt. Als bei den Vorbereitungen bekannt wurde, daß die FSP (PS- Abspaltung) und die MES (Bewegung der sozialistischen Linken, zwei zentristische Organisationen) von uns offiziell zur Teilnahme an der 1.Mai-Demonstration eingeladen worden waren und einen Redebeitrag bekommen sollten, verweigerte die PS die Abhaltung ihres Redebeitrags auf der Abschlußkundgebung. Sie wollten, daß die PPD (bürgerliche Volkspartei) von uns zur Teilnahme an der Demonstration eingeladen wird, wozu wir nicht bereit waren. Wir mußten uns daraufhin mit den anderen Parteien die teilnahmen so einigen, daß keine von ihnen reden würde und allein MFA-Regierungsvertreter Reden abhalten sollten.

F.: Aber der 1. Mai ist ein Tag der Arbeiter und ihrer Organisationen, was die MFA als solche nicht ist. Findet ihr es nicht auch merkwürdig, daß keine Arbeiterpartei neben der MFA und der Intersindical selbst eine Rede auf der Meikundgebung halten konnte?

A.: Es war bedauerlich, aber wir wollten die Regierung nicht isolieren. Und wenn die Regierungsvertreter neben der KP als einzige größere Arbeiterpartei – und einiger kleinerer – hätten reden müssen, wäre das gleichbedeutend mit einer Isolierung der Regierung gewesen. Aber noch etwas zu den Vorkommnissen auf der Abschlußkundgebung selbst: Die Abmachung war, keine Partei hält einen Redebeitrag, und nicht, keine Partei kommt auf die Rednertribüne. Alle anderen waren auch oben, Cunhal von der KP, Serra von der FSP, und wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn Soares auch dabei gewesen wäre. Aber er kam nicht mit dem PS-Block zur Kundgebung, sondern mitten drin, als der zweite Redner schon dran war. Das war zuviel Provokation und wir haben ihn nicht aufgelassen.

F.: Die PS hat daraufhin am 2.Mai gemeinsam mit der PPD zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Wir haben dort zehntausende Teilnehmer gesehen, aber auch zahllose Zuschauer, die scheinbar auf eine Antwort der Linken warteten um

sich dieser anzuschließen. Seht ihr es nicht als eine Aufgabe der Intersindical an, diese Provokation der PS und PPD zu beantworten?

A.: Die Teilnehmer dieser Demonstration waren überwiegend Kleinbürger, nicht Arbeiter. Wir glauben nicht, daß hier eine Antwort notwendig gewesen wäre. Unsere Aufgabe ist es höchstens, die Haltung der PS zu denunzieren. Seht, es gibt einen Unterschied zwischen unserem Verhältnis zur PS-Führung und zur Basis, welches ausgezeichnet ist. Soares verdiente es gar nicht, auf das Rednerpodium kommen zu dürfen. Aber die PS hat eine breite Arbeiterbasis, so daß wir die Parteispitze zwingen müssen, den Klassenstandpunkt der Arbeiter zu vertreten.

F.: Die Intersindical hat die Streiks bei der Post und bei TAP (portugiesische Luftfahrtgesellschaft) nicht bejaht. Meint ihr, daß es im Kapitalismus so etwas wie „reaktionäre Streiks“ gibt?

A.: Ja, es gibt sie. Schaut euch einmal Chile an. Der Lastwagenfahrerstreik oder der Streik bei der Kupfermine „El Teniente“. Die TAP-Angestellte haben einen Minimallohn von 8 000 Escudos (Gesetzlicher Minimallohn jetzt 4 000 Escudos, LCI-Forderung 6 000 Escudos, 1,-DM = 10Esc.). Es sind kaum Arbeiter dabei. Unser Staat hat zwar nich kapitalistische Strukturen, aber er nimmt sozialistische Maßnahmen in Angriff.

F.: Was meint ihr zu den Nationalisierungen, die es gab? Wie glaubt ihr, daß die Arbeiter oder Angestellte diese nationalisierten Betriebe führen sollten?

A.: Wir sind für Arbeiterkontrolle der nationalisierten Unternehmen. Aber diese Betriebe sollten nicht den Arbeitern gehören, die darin arbeiten und sie kontrollieren, sondern der Gesamtheit aller Arbeiter. Wir wollen deshalb für die nationalisierten Betriebe eine Kontrolle durch die Arbeiter und eine Verwaltung durch den Staat.

F.: Stehen weitere Nationalisierungen an? Wie verhält es sich mit ausländischen Gesellschaften?

A.: Die nächsten Nationalisierungen werden die der Papier-, Zellulose- und Zementindustrie sein. Was die ausländischen Unternehmen betrifft: noch nicht. Wir müssen damit warten, bis die Situation günstiger ist.

KEIN KOM- PROMISS MIT DER BOURGEOI- SIE



Erklärung der LCI vom 10. April 1975.

Die MFA hat allen Parteien und politischen Organisationen einen Pakt angeboten, der die Institutionalisierung der MFA beinhaltet. Die LCI lehnte es ab, diesen Pakt zu unterschreiben. Sie begründete auf einem Flugblatt, das wir im folgenden abdrucken,

Genossen, Es ist für niemanden ein Geheimnis mehr, daß zahlreiche Offiziere, die in den reaktionären Putschversuch verwickelt waren, Mitglieder oder Ex-Mitglieder der MFA waren, die sich in Schatten von großen „demokratischen“ Erklärungen organisierten, um sich auf die Zerstörung der Errungenschaften der Arbeiter vorzubereiten.

Und der größte Teil der Offiziere, die voll an der reaktionären Verschwörung beteiligt waren, die zum 11. März führte, weigerte sich auf die Straße zu gehen, nicht weil sie in der letzten Minute ihr „Gefühl“ geändert hatten, sondern weil sie merkten, daß der Putsch scheitern mußte. Diese Offiziere, die in den Rängen der Armee verblieben, sind zahlreich.

Die progressivsten Elemente der MFA konnten sich dem Putschversuch entgegenstellen, weil die schnelle Mobilisierung der arbeitenden Massen in den Betrieben, in den Stadtteilen, auf dem Land und in den Kasernen, sowie der Widerstand der Arbeiterorganisationen die Bedingungen schufen, unter denen diese Offiziere diese Position ergreifen konnten. Und vor allem können wir nicht verheimlichen, daß es die Politik (der MFA) war, die versuchte eine Einheit von Soldaten und Offizieren herzustellen, von progressiven und reaktionären Offizieren, von Parteien der Arbeiterklasse und Parteien der Bourgeoisie, die die langsame aber sichere Organisation der reaktionären Offiziere erlaubte, versteckt hinter einem „demokratischen“ Schleier. Man war am 11. März einerseits Zeuge der Desorientierung und Desorganisation der MFA und andererseits erlebte man die breite Mobilisierung der Arbeiterklasse, die Mobilisierung aller Arbeiter, ob in Uniform oder nicht. Und dies war nicht nur auf den sofortigen, mutigen Widerstand des RAL 1 beschränkt. Man erlebte die vorübergehende Besetzung der meisten Betriebe in Lissabon und Porto durch die Arbeiter und die sofortige Aufstellung von Selbstverteidigungsorganen. Sofort wurden Barrikaden errichtet, um Ausgänge und Eingänge der wichtigsten Städte des Landes zu kontrollieren. Besonders im Alentejo wurden verschiedene Posten der GNR (1) von armen Bauern und Landarbeitern besetzt und neutralisiert; die Bauern bemächtigten sich der Waffen und errichteten eigene bewaffnete Milizen zur Kontrolle und anti-faschistischen Wachsamkeit.

Genossen, das Wichtigste war die schnelle Aktion der Soldaten und Matrosen, die sich in zahlreichen Kasernen weigerten, an dem faschistischen Angriff teilzunehmen und die deshalb die Befehle der reaktionären Offiziere und Kommandeure zurückwiesen.

Aber, Genossen, wird die MFA, werden die progressiven Elemente in der MFA, wenn sie die Lehren aus dem 11. März ziehen, endlich begreifen, daß ihre Politik der Versöhnung und Einheit von Ausbeutern und Ausgebeuteten nur der Verschleierung von Organisationen und Verschwörungen der Faschisten und Reaktionäre dienen kann?

Werden sie endlich begreifen, daß es in einer Klassengesellschaft – in der sich auf der einen Seite alle die finden, die nichts besetzen aber allen Reichtum produzieren, und auf der anderen alle die, die nichts produzieren, aber alles besitzen – unmöglich ist, daß irgendeine politische Kraft vorgibt, sich in der Mitte zu besitzen, daß sie vorgibt, gleichzeitig die Interessen der einen und der anderen zu verteidigen.

Auf der einen Seite greift man die extreme

nen auf, während faschistische Organisationen wie die CDS zugelassen bleiben, man verbietet die Veröffentlichung von Erklärungen der Soldaten und man verhindert Formen der Selbstorganisation innerhalb der Armee auf der anderen Seite redet man von Sozialismus, man öffnet die Versammlung der MFA den Soldaten und Matrosen, um glauben zu machen, daß eine Versammlung, in der sich mitten zwischen hunderten von Offizieren einige Soldaten und Matrosen befinden, eine repräsentative Interessenvertretung von tausenden von Arbeitern in Uniform sei, die in den Kasernen leben.

Die logische Konsequenz dieser Politik ist nichts anderes als folgende Tatsache: rund um denselben Tisch sitzen Seite an Seite Vertreter der Arbeiterparteien und Vertreter der reaktionären Parteien und Faschisten wie die PPD und die CDS.

Weil sich die LCI bewußt ist, daß nur die Einheit aller Ausgebeuteten, daß nur die Einheit von Arbeitern, Soldaten und Matrosen, Landarbeitern und armen Bauern zum Sieg führen kann, weil sie sich bewußt ist, daß nur diese Einheit den Vormarsch der Reaktion und der kapitalistischen Ausbeutung bremsen kann, deshalb weigert sich die LCI, hintenherum den Kampf der Arbeiter zu verraten, indem sie einen Pakt mit den Kapitalisten und ihren Parteien unterschreibt.

Die LCI ruft zur einheitlichen und unabhängigen Organisation der Arbeiter im Kampf gegen den gemeinsamen Feind auf. Insbesondere ruft die LCI zur Organisation des Kampfes der Soldaten und Matrosen gegen Repression und militärische Ausbeutung in den Kasernen auf, für demokratische Freiheiten, für ein nationales Mindesteinkommen, für Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln, für die Eingliederung in Einheiten in der Nähe des Wohnorts der Soldaten und Matrosen, für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Kasernen, für die Abschaffung des faschistischen RDM (militärische Dienstordnung).

Aber, Genossen, während diese Forderungen von immer mehr Soldaten und Matrosen unterstützt werden, müssen wir Euch auf folgende Tatsachen aufmerksam machen: Heute schwört sich eine wachsende Zahl von Offizieren und Hauptleuten, um einen neuen reaktionären Putsch vorzubereiten, dessen Ziel die Vernichtung der Errungenschaften der Arbeiter ist.

Im Kampf dagegen spielen die Arbeiter in Uniform oder nicht eine wichtige Rolle.

Es werden die Soldaten- und Matrosenkomitees sein, die in Versammlungen von allen Arbeitern in Uniform gewählt werden, die organisatorisch mit den Arbeiterkommissionen, den Mieterkommissionen, den Verbänden der armen Bauern, den Kommissionen der anti-faschistischen Wachsamkeit verbunden sind, die es erlauben werden, solche Bedingungen zu schaffen, daß die kapitalistische Reaktion erneut in die Flucht geschlagen wird und daß eine wirkliche Regierung der Arbeiter errichtet wird.

**KEIN PAKT MIT DER BOURGEOISIE !
ARBEITER, SOLDATEN – EIN GEGNER,
EIN KAMPF !**

**FÜR EINE ARBEITERREGIERUNG !
ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION !**

(1) GNR-Nationale Republikanische Wache, Polizei, die noch ein Relikt der alten Diktatur